

Zwischen Rosenheim und Rostock

Zur neuen Qualität des Rechtsextremismus im vereinten Deutschland

Dr. Gerhard Paul, geb. 1951 in Biedenkopf, Studium der Sozialwissenschaften, von 1975 bis 1981 Referent des Deutschen Volkshochschul-Verbandes für politische Jugendbildung, ist Privatdozent am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin (Arbeitsgebiete: Faschismusforschung, Widerstand und Exil, Rechtsextremismus, Saargeschichte).

Während der Bundeskanzler realitätsfern marodierende Stasi-Agenten als Hintermänner der Rostocker Ausschreitungen ortete und in gewohnter Manier um Beschwichtigung bemüht war, deutete der Bundespräsident realitätsschwer den Sturm auf das Asylantenheim in Lichtenhagen als Menetekel, als „ernstes und böses Zeichen an der Wand“. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve sah sich angesichts der Fernsehbilder aus Rostock an die sogenannten ethnischen Säuberungen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien erinnert; die Auslandspresse bemühte demgegenüber die Geschichte und verglich die Rostocker Ereignisse mit der „Reichskristallnacht“ von 1938, während „Die Zeit“ vom „Anschlag auf die Republik“ sprach. Ausländer und Juden denken erstmals wieder darüber nach, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, das Land zu verlassen. Ja selbst das ansonsten auf dem rechten Auge eher blinde Bundesamt für Verfassungsschutz warnt in einem internen Papier nun vor dem Rechtsextremismus als „ernster Gefahr für die innere Sicherheit“.

Droht der Demokratie ernstlich Gefahr von rechts? Befinden wir uns gar schon auf dem Weg in einen Bürgerkrieg, wie Rostocker Randalierer und Passanten vor laufenden Fernsehkameras drohten? Oder handelt es sich vielleicht „nur“ um Warnsignale betrogener und deklassierter Vereinigungsverlierer, mithin eher um einen Hilferuf als einen Aufstand gegen das Projekt Demokratie? Was ist passiert in den beiden Jahren zwischen dem Wahlerfolg der Republikaner 1990 im bayerischen Rosenheim und dem rechtsextremen Terror wildgewordener Bürger 1992 in Rostock?

Rechtsextremismus als Kampfansage an die Demokratie

Das, was sich in Rostock lautstark artikulierte, ist kein zu entschuldigender Ausrutscher mehr. Bei allem Verständnis für die Sorgen und Nöte der Bundesbürger-Ost zielen Sprüche wie „Deutschland den Deutschen“, „Asylanten raus“, Forderungen nach „Arterhaltung des deutschen Volkes“ und der militante Angriff auf die körperliche Unversehrtheit von Menschen auf eine

andere Republik. Rechtsextremismus - und daran muß angesichts der herunterspielenden Statements von Politikern erinnert werden - ist nichts anderes als ein Syndrom verschiedenster antidemokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen, die allesamt auf ein Rückgängigmachen eines erreichten Entwicklungsstandes der politischen und sozialen Demokratisierung und damit auf die Restauration vordemokratischer Verhältnisse abzielen. Rechtsextremismus bezeichnet ein Bündel von zum Teil recht unterschiedlichen Merkmalen wie Autoritarismus, Antipluralismus, Antiparlamentarismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Staatsvergötzung — Vorstellungen also, die sich alle um die Begriffe „Volk“, „Nation“ und „Staat“ zentrieren.

Nach einer Untersuchung der Parteiprogramme der derzeit wichtigsten rechtsextremen Gruppierungen durch Wolfgang Gessenharter hat sich an dem ideologischen Kernbestand des Rechtsextremismus wenig oder nichts geändert. Nach wie vor ziehe dieser das nationale Kollektiv dem Individuum vor, sei das Überleben des Kollektivs und nicht das Wohlergehen und die Rechte der Bürger das vorrangige Ziel. Aufgrund gesellschaftlich verankerter Tabuswellen und dem Damoklesschwert des Parteienverbotes präsentiere sich der organisierte Rechtsextremismus heute lediglich vorsichtiger und moderater und umschreibe seine Zielsetzungen geschickter.

Konkret bedeutet das: Das Menschenbild des Rechtsextremismus ist nach wie vor rassenbiologisch geprägt. Im Rahmen einer naturalistischen Geschichtsauffassung wird die Abhängigkeit des einzelnen von der Ganzheit, dem Volk, betont. Der Mensch sei unlösbar in eine organisch vorgegebene Gemeinschaft hinein geboren, die im Widerspruch zur künstlich entwickelten Gesellschaft stehe. Das Individuum habe daher eine besondere Verpflichtung dem „Ganzen“ gegenüber bis hin zur völligen „Hingabe“. Geschichtliche Prozesse werden gedeutet als Kampf der Rassen, in dem sich — analog zur Natur — nur der Stärkere durchsetze. Die Reinerhaltung der „Rasse“ vor widernatürlichen Einflüssen und „fremdem Blut“ wird als Bedingung seiner „Gesundheit“ angesehen. Vor dieser natürlichen Ganzheit des Volkes sind die besonderen Schicksale der Individuen nichtig und vergänglich. Der einzelne, auf dessen Würde, Freiheits- und Bürgerrechte das Grundgesetz abzielt, gilt diesem Denken nichts. Das Volks allein ist wichtig und immer bleibend. Es ist die ewige Substanz, das stets Beharrende im ständigen Wechsel der ökonomischen und sozialen Verhältnisse. Es ist gleichsam der Rettungsanker aller Entwurzelten und Verängstigten. Seiner Erhaltung und seinem Schutz hat alles individuelle wie staatliche Handeln zu dienen. Von hier rechtfertigt sich gleichermaßen individuelle Gewalt gegen Fremde, der Kampf gegen Drogenkonsum und Abtreibung als „Schädigung der Volkskraft“ wie der kriegerische Akt gegen andere Völker. Aus der ständigen Angst der Bedrohung des Volkes resultiert eine ausgesprochene Fremdenfeindlichkeit, die unterschiedliche nationale, ethnische oder religiöse Gruppen umfassen kann, sowie ein autoritär-totalitäres Staatsverständnis. Der Staat, zumeist von einem „starken Mann“ geführt, wird als Wahrer von völkischer Einheit und Reinheit gedacht.

Ihm ist absoluter Gehorsam entgegenzubringen. Rechtsstaatlichkeit findet dort ihre Grenzen, wo die Interessen des Volkes und das Funktionieren des Staates gefährdet sind. Recht ist zudem immer nur das, was dem Volke, nicht aber dem einzelnen Individuum nützt.

Deutlich wird, daß Individual- und Gruppenrechte in dieser Geschichtsauffassung höchstens einen untergeordneten Platz einnehmen, da sie sich nicht aus der völkischen Ganzheit, sondern aus Interessengegensätzen und Klassen-antagonismen ableiten. Dort, wo Kampf zum Überlebensprinzip erhoben wird, haben Konsens und Kompromiß, Menschenwürde und Gleichheitsvorstellungen - die zentralen Tugenden und Werte, auf die die Verfassungen von Weimar und Bonn setzen - keinen Platz.

Während rechtsextreme Gruppierungen eher aus taktischen als aus ideologischen Gründen sich vom Nationalsozialismus distanzieren und sich formal zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik bekennen, das heißt auf die legal-parlamentarische Machtergreifung spekulieren, bekennen sich neonazistische Gruppen offen zum historischen Faschismus und zum Kampf gegen das derzeitige politische System. Die Differenz zum Rechtsextremismus liegt dabei weniger auf ideologischer Ebene, sondern primär im Habitus dieser Gruppen, in ihrer politisch-propagandistischen Strategie des Kampfes auf der Straße, in ihrer Gewaltakzeptanz, in ihrem Symbol- und Hitlerkult und in ihrer Distanzierung vom verbürgerlichten parlamentarischen Rechtsextremismus. Aus dieser Arbeitsteilung erschließen sich dem militanten wie dem gemäßigten Rechtsextremismus derzeit unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen.

Rechtsextremismus als pathologischer Protest

Es wäre töricht zu glauben, Denkmuster wie etwa Nationalismus, Antipluralismus, Antiparlamentarismus, Ethnozentrismus seien nur auf die vom Verfassungsschutz observierten Gruppierungen beschränkt. Wie die Meinungsforschungsinstitute immer wieder eindrucksvoll dargelegt haben - so unter anderem 1979/80 die vom damaligen Bundeskanzleramt in Auftrag gegebene SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei Deutschen -, gehört der Rechtsextremismus mehr oder minder ausgeprägt zum Grundbestand der politischen Kultur der Bundesrepublik seit ihrer Gründung. Und auch in der DDR gab es durchaus nationalistische und rechtsextremistische Einstellungen vor allem unter Jugendlichen, wie das Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung wiederholt nach Berlin meldete. Aufgrund gewachsener Parteibindungen und einer relativ krisenfreien wirtschaftlichen Entwicklung vermochten sich diese Einstellungen mit Ausnahme der NPD-Wahlerfolge Ende der sechziger Jahre wahlpolitisch nicht bedeutsam zu organisieren, während im Osten das Ministerium für Staatssicherheit repressiv seinen Daumen auf der rechtsextremen Szene hielt. Hier wie dort schlummerten rechtsextreme Meinungen weitgehend gesittet unter der Fassade bürgerlicher Wohlständigkeit.

Erst die Durchbrechung von Tabuschwellen durch den nationalen Kult der Wenderegierung, Historikerstreit und Bitburg, das wahlkampfaktische Spekulieren auf fremdenfeindliche Ressentiments in den Wahlkämpfen der Union Mitte der achtziger Jahre, die generelle Auflösung bislang stabiler Parteibindungen und die zunehmende Parteienverdrossenheit breiter Bevölkerungskreise, verbunden mit dem forcierten gesellschaftlichen Problemdruck der modernen Risikogesellschaft und schließlich die massiven Desillusionierungsprozesse im Gefolge der deutschen Einigung setzten das bislang unter der Decke gehaltene rechtsextreme Traditionsgut massiv frei. Durch das Aufbrechen bisheriger Barrieren entstand somit ein frei flottierendes rechtsextrêmes Meinungspotential, das sich organisatorischen und wahlpolitischen Ausdruck suchte und sich zunächst vorrangig als pathologischer Bürgerprotest artikulierte.

Denn Rechtsextremismus - und das wäre ein über den engeren politikwissenschaftlichen Zugang hinausweisender soziologischer Definitionsversuch — war und ist immer auch eine schiefe, unbeholfene Form des Protests gegen Benachteiligungen im gesellschaftlichen Strukturwandel, eine gleichsam krankhafte, an die Öffentlichkeit gerichtete individuelle Bewältigungsstrategie für Leidens- und Konflikterfahrungen verunsicherter, verängstigter und deklassierter Bevölkerungsgruppen und damit eine durchaus „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“, wie es die Soziologen Scheuch und Klingemann formuliert haben. Das Pathologisch-schiefe an dieser Handlungsstrategie ist die Verkennung der eigentlich ursächlich Verantwortlichen für die bedrohliche Problemsituation und die Projektion hieraus entstandener Aggressionen auf unschuldige Sündenböcke. Anders als Alkohol- und Drogenkonsum sollten öffentlich geäußerte rechtsextreme Artikulationsformen daher - wenn auch in pathologischer Form - auch als ein Bedürfnis nach Veränderung einer als unhaltbar empfundenen Lebenssituation und damit als Hilferuf dechiffriert und verstanden werden. Was aber nun hat sich konkret verändert am rechten Rand unserer Gesellschaft?

Steigende Mitgliederzahlen im organisierten Rechtsextremismus

Zunächst verzeichnet der Rechtsextremismus ganz allgemein einen steilen organisatorischen Aufschwung und befreit sich damit zusehends von seinem Außenseiterstatus. Im Zehnjahreszeitraum zwischen 1981 und 1991 haben sich die Mitgliederzahlen der von den Verfassungsschutzbehörden observierten Organisationen auf 40 000 verdoppelt. Rechnet man die derzeit etwa 22 000 Mitglieder der lediglich in Hamburg und Nordrhein-Westfalen observierten Republikaner hinzu, handelt es sich gar um eine Verdreifachung. Die größte Steigerungsrate gab es dabei mit 37 Prozent im vergangenen Jahr, während im Jahr der deutschen Einigung die Mitgliederentwicklung eher leicht rückläufig war. Insgesamt fällt auf, daß der organisierte Rechtsextremismus und damit nur die Spitze des rechtsextrêmes Meinungspotentials seit der Bonner Wende von 1982/83 und dem um das Asylrecht geführten Bundestagswahlkampf von 1987 deutlich im Anstieg begriffen ist. Insbesondere die DVU des Münchner

Verlegers Gerhard Frey und die Republikaner Franz Schönhubers profitierten von der allgemeinen Rechtsentwicklung, während die Mitgliederzahlen der NPD stagnierten. Mit den Republikanern betrat 1983 eine Partei die politische Bühne, der es gelang, sich als Absetzbewegung aus dem Lager des etablierten Rechtskonservatismus zu profilieren, und die seitdem als sogenannte Brückenpartei eine zentrale Vermittlungs- und Scharnierfunktion zwischen traditionellem Rechtsextremismus und Konservatismus ausübt.

Parallel zur organisatorischen Ausweitung des traditionellen rechtsextremen Lagers und dem Aufstieg der Republikaner fand seit den siebziger Jahren zunächst langsam, dann immer schneller ein Anwachsen des organisierten Neonazismus statt. Die zahlenmäßig kleinen jugendgeprägten und am Gruppen- und Kampfstil der SA vor 1933 orientierten Gruppen konnten ihren Mitgliederbestand zwischen 1975 und 1988 verfünffachen. Ihren stärksten Zulauf erhielten sie jedoch erst im vergangenen Jahr, in dem es ihnen infolge der von Experten nicht vermuteten Politisierung jugendlicher Skinheads gelang, ihren Bestand von 1400 im Jahre 1990 auf 6 300 - darunter etwa 4 200 gewaltbereite neonazistische Skins - zu erweitern.

Insgesamt hat sich das rechtsextreme Lager über den traditionellen Rechtsextremismus von NPD und DVU hinaus in den letzten Jahren mit dem Aufstieg der Republikaner und der Entstehung einer Vielzahl neonazistischer Gruppen quantitativ erheblich ausgeweitet und qualitativ das Angebot an rechtsextremen Handlungsmustern wesentlich erweitert. Der wildgewordene Kleinbürger, der wohlstuierte Wohlstandschauvinist, der depressive Vereinigungsverlierer findet hier ebenso seine politische Heimat wie der jugendliche Skinhead.

Durchbruch bei den Wahlen und Einzug in die Parlamente

Was in den sechziger und siebziger Jahren undenkbar erschien, ist längst Realität geworden: der Einzug der Rechtsextremisten in die Kommunal- und Länderparlamente. Teilweise wurden diese vom Wählerzuspruch regelrecht überrannt und waren daher nicht in jedem Fall in der Lage, alle gewonnenen Mandate wahrzunehmen. Hatte die NPD bei der Bundestagswahl von 1987 lediglich 0,6 Prozent (= 227 000) der gültigen Stimmen erreicht, so votierten bei den Wahlen in Baden-Württemberg im selben Jahr bereits 4,9 Prozent der Wähler für rechtsextreme Parteien. Mit einem spektakulären Wahlergebnis von 6,6 Prozent zog die NPD im März 1989 in den Frankfurter Römer ein, scheiterte aber noch auf Landesebene. Ihren wahlpolitischen Durchbruch schafften die Republikaner im Januar 1989 mit 7,7 Prozent bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Bundesweit stimmten bereits im Juni anlässlich der Europawahl 7,1 Prozent aller Wähler für die Partei Schönhubers, die mit landesweit 14,6 Prozent in Bayern Spitzenwerte erzielte und in zahlreiche Großstadt-Rathäuser einzog. Abgeschwächt durch die nationale Einigungseuphorie der Jahre 1989/90 setzte sich dieser Trend in den folgenden Monaten fort. Während es den Rechtsextremen zunächst noch nicht gelang, die Fünf-

prozent-Klausel für den Bundestag zu überwinden, rückte die DVU-Liste D im September 1991 in Fraktionsstärke in die Bremer Bürgerschaft ein. Zusammen erzielten DVU und Republikaner 7,7 Prozent. Spektakuläre Wahlergebnisse für die Parteien am rechten Rand brachten auch die Landtagswahlen im April 1992. Die DVU schaffte aus dem Stand 6,3 Prozent der Stimmen in Schleswig-Holstein. In Baden-Württemberg entfielen am gleichen Tage auf die Republikaner 10,9 Prozent der Stimmen. Insgesamt votierten hier 12,3 Prozent der Wähler für die drei zur Kandidatur stehenden rechtsextremen Parteien. Nach einer Ende August 1992 durchgeführten Infas-Erhebung liegt derzeit das rechtsextreme Wählerpotential in den alten Bundesländern bei 19 Prozent und im sogenannten Beitrittsgebiet bei 12 Prozent. Innerhalb des Fünf jahreszeitraumes von 1987 bis 1992 hat sich damit das zur Wahl rechtsextremer Parteien bereite Wählerklientel von 0,6 auf etwa 15 Prozent erhöht und ist damit heute etwa 25mal größer als noch 1987, wobei die drei rechtsextremen Parteien in der Wählergunst unterschiedliche Präferenzen haben. Setzt sich der in den achtziger Jahren herausgebildete Trend fort, so dürften auch in den folgenden Jahren die Republikaner als Ausstiegspartei für bisherige Wähler der etablierten Parteien die größten Wahlchancen haben, gefolgt von der DVU als Sammelbecken des traditionellen Rechtsextremismus, während der NPD höchstens noch lokale Wahlchancen eingeräumt werden können.

Ebenso bedeutsam wie die generelle Ausweitung des rechtsextremen Wählerpotentials sind die qualitativen Veränderungen innerhalb der rechtsextremen Wählerschaft, da es den Parteien zunehmend gelingt, traditionelle Resistenzbarrieren des Wählerverhaltens zu durchbrechen und sich neue Populationen zu erschließen. So fanden die Republikaner in allen vergangenen Wahlen überdurchschnittlichen Zuspruch vor allem in der Arbeiterschaft, wobei der Anteil der Facharbeiter noch den der un- und angelernten Arbeiter überschritt. Erstmals auch immunisierte Gewerkschaftszugehörigkeit nicht mehr vor der Wahl einer rechtsextremen Partei. Waren katholische Gegenden rechtsextremen Parteien bislang weitgehend verschlossen, so änderte sich auch dies und rekrutierte sich die Wählerschaft Schönhubers besonders in Süddeutschland zunehmend auch aus dem katholischen Milieu. Während die Wahl rechtsextremer Parteien weiterhin wie schon traditionell mit eher niedriger formaler Bildung korrespondierte, war das Auffälligste der vergangenen Wahlen, daß es den Parteien gelang, sich vom Negativ-Image von Altherren- und Traditionsvereinen zu befreien und sich hauptsächlich jüngere Wählerpopulationen zu erschließen. Überproportionale Wahlergebnisse erzielten DVU und Republikaner insbesondere in der Altersgruppe der 18- bis 23jährigen männlichen Jung- und Erstwähler. Nach dem jüngsten SWF-Meinungsreport würde derzeit etwa jeder vierte Wähler unter 24 Jahren eine rechtsextreme Partei wählen, wobei der Prozentsatz in den neuen Bundesländern mit 27 Prozent geringfügig den von 24 Prozent im Westen übertrifft. Die Analyse der Wählerwanderungsbilanz der letzten Wahlen zeigt zudem, daß sich die Wähler rechtsextremer Parteien nicht ausschließlich aus dem Lager

der Unionsparteien rekrutieren, es sich vielmehr um enttäuschte Wähler der beiden großen etablierten Parteien CDU/CSU und SPD sowie um bisherige Nicht- und Erstwähler handelt. Zu etwa 50 Prozent kamen so beispielsweise die Anhänger der Republikaner aus dem Lager der Unionsparteien; jeder fünfte Rep-Wähler hatte bei der vergangenen Wahl die SPD gewählt, während die Anhänger von FDP und Grünen sich noch weitgehend immun gegen die Abwanderung nach rechtsaußen erwiesen.

Insgesamt erweist sich die Wählerschaft der Republikaner als außerordentlich heterogen. Das SINUS-Institut unterschied 1989 sechs Wählertypen, die als Rekrutierungsreservoir der Republikaner gelten: angepaßte Neonazis, enttäuschte Wende-Wähler, statusbedrohte Mittelständler wie insbesondere die Landwirte, entfremdete Kleinbürger, die ihre soziale Lebenswelt durch den Zuzug von Ausländern bedroht sehen, autoritäre junge Arbeiter, die jeglichen Bezug zu den Traditionen der Arbeiterbewegung verloren haben, sowie die Opfer der Zwei-Drittel-Gesellschaft wie Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslose, die sich von Ausländern wirtschaftlich überrundet fühlen und dafür Politiker und Behörden verantwortlich machen. Mit der deutschen Einigung dürfte sich insbesondere diese letzte Gruppe in den neuen Bundesländern erheblich ausdifferenziert haben.

Parallel zur allgemeinen Lockerung der Parteibindungen vor allem bei jungen Wählern gelang es den Rechtsextremen mit ihrer Besetzung der Ausländer- und Asylantenfrage seit Mitte der achtziger Jahre, völlig neue Wählerschichten zu erschließen. Als wahlentscheidende Themen erwiesen sich bei ihren Wählern immer wieder Fragen der Ausländerpolitik, wie sie von der Union systematisch in den Vordergrund ihrer Wahlkämpfe gestellt, dann aber nicht gelöst wurden. Hier und nur hier sprachen die neuen Rechtsaußenwähler den rechtsextremen Parteien eine Problemlösungskompetenz zu.

Verjüngung des Rechtsextremismus und gestiegene Gewaltbereitschaft

Die bedeutendste qualitative Veränderung im Bereich des Rechtsextremismus ist die Verjüngung seiner Anhängerschaft und deren gewachsene Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt. Seit Mitte der siebziger Jahre hat im gesamten rechtsextremen Lager eine Altersumschichtung stattgefunden. Rechtsextreme Parteien rekrutieren sich heute wesentlich aus den Alterskohorten der unter 30jährigen. So schwankt der Anteil dieser Altersgruppe innerhalb der Mitgliedschaft der Republikaner zwischen 50 und 70 Prozent und weist die Schönhuber-Partei damit als eine extrem junge Partei aus. Rechtsextreme, autoritär-nationalisierende Sichtweisen haben insbesondere unter Jugendlichen erheblich zugenommen, wobei sich diese Entwicklung in den neuen Bundesländern nach der soeben veröffentlichten Studie „Ostdeutsche Jugend '92“ der Leipziger Forschungsstelle für Sozialanalysen e. V. noch rapider vollzieht als im Westen.

Besonders im Bereich der neonazistischen Gruppen hat die Zahl der Jugendlichen und jungen Heranwachsenden sprunghaft zugenommen. Erst-

mals scheint es in den vergangenen fünf Jahren rechtsextremen Gruppen in nennenswertem Umfang gelungen zu sein, Skinheads in die rechtsextreme Subkultur zu integrieren. Daß auch dies in Ostdeutschland in stärkerem Maße gelang als im Westen, begründet der jüngste Verfassungsschutzbericht damit, daß sich die ostdeutschen Skinheads bereits zu DDR-Zeiten als nationalistische Opposition gegen den kommunistischen Apparat empfunden und von daher einen höheren Politisierungsgrad hatten als ihre eher unpolitischen Gesinnungsgenossen in Westdeutschland. Radikal verjüngt hat sich auch die Altersstruktur rechtsextremistischer Straf täter. Während der Anteil der unter 20jährigen 1986 an allen rechtsextremistischen Gewalttättern 1986 noch bei 35 Prozent lag, war er 1991 mit 70 Prozent bereits doppelt so hoch. So überrascht es auch nicht, daß diese Altersgruppen die Hauptakteure zahlreicher rechtsextremistisch motivierter Krawalle und Ausschreitungen wie 1988 beim Sturm auf die Hamburger Hafenstraße und bei den zahlreichen Angriffen auf Asylantenheime der letzten Wochen darstellen, wobei sich diese Aktivistengruppen weiter zu verjüngen scheinen.

Parallel zur allgemeinen Verjüngung des Rechtsextremismus fand in den vergangenen 12 Jahren und besonders massiv seit dem Zusammenbruch der DDR die Bereitschaft zum Einsatz und die Akzeptanz von Gewalt zu, wobei sich erstmals wieder seit Beginn der achtziger Jahre deutlich Ansätze eines rechtsextremistischen Terrorismus zeigen. Während sich im Fünf jähr eszeitraum zwischen 1986 und 1991 rechtsextremistische Gesetzesverletzungen insgesamt verdreifachten, gab es 1991 20mal mehr Gewalttaten als noch 1986, wobei die höchsten Steigerungsraten die beiden ersten Jahre nach der deutschen Einigung aufzuweisen hatten. Indiz der zunehmenden Brutalisierung des rechtsextremen Lagers sind der enorme Anstieg von Brand- und Sprengstoffanschlägen sowie die dramatische Zunahme von Tötungsdelikten. Betrug der Anteil von Brand- und Sprengstoff anschlagen 1986 an allen rechtsextrem motivierten Gesetzesverletzungen lediglich 0,4 Prozent, so lag er im vergangenen Jahr bereits bei 10 Prozent. Es deutet alles darauf hin, daß dieser Trend anhält und die Zahl der Brand- und Sprengstoffanschläge 1992 noch die Rekordmarke von 1991 überschreitet. Einen traurigen Rekord in der Geschichte der Bundesrepublik - abgesehen vom Oktoberfestattentat von 1982 - haben 1992 die Tötungsdelikte erreicht. Bis Ende August starben bereits 10 Menschen als Opfer rechtsextremistisch motivierter Gewalt.

Als Haupttätergruppe erwiesen sich dabei wiederum vor allem Skinheadgruppen in den neuen Bundesländern. Anders als noch in den achtziger Jahren erfolgen rechtsextremistische Gewalttaten heute nicht mehr individuell und anonym, sondern zunehmend kollektiv und unter den Augen der Öffentlichkeit. Mit der Steigerung der rechtsextremistischen Müitanz hat sich auch das Feindbild der Rechtsextremen grundlegend gewandelt. Während antisemitische Ausschreitungen - gleichsam die Kampf form des Rechtsextremismus der fünfziger und sechziger Jahre - 1991 nur mehr einen Anteil von 14 Prozent aller Gesetzesverletzungen ausmachten, in 6 Prozent der „Haß auf Linke“

motivierend wirkte, hatten 66,8 Prozent aller Gesetzesverletzungen fremdenfeindliche Bezüge. Zielgruppen rechtsextremer Militanz sind derzeit vor allem Asylbewerber und Ausländer aus osteuropäischen Staaten, aber auch linksorientierte Deutsche, sowjetische Soldaten, Homosexuelle, Prostituierte und Stadstreicher wegen ihres vermeintlich „undeutschen Wesens“. Insbesondere in den neuen Bundesländern erfüllen sie Sündenbockfunktionen für den im Folge der Einigung aufgestauten „Volkszorn“. Statt denjenigen in Politik, Treuhand und Wirtschaft die Rechnung zu präsentieren, die ursächlich für die soziale Misere in den neuen Bundesländern verantwortlich sind, wird stellvertretend an ihnen der Frust über die mit der Vereinigung nicht erfüllten Erwartungen und Hoffnungen ausgelebt.

Zunehmende Akzeptanz rechtsextremer Gewalt
und das Kalkül der Politik mit dem fremdenfeindlichen Protest

Hoyerswerda und Rostock markieren einen tiefen Einschnitt in der politischen Kultur unseres Landes. Konnte rechtsextremistische Gewalt bislang mit einer nahezu einstimmigen öffentlichen Verurteilung rechnen, so ist dieser Konsens nunmehr zerbrochen. Die sächsische Kleinstadt und die Hafenstadt an der Ostsee stehen dafür, wie schnell rechtsextreme Ausschreitungen kleiner militanter Gruppen sich durch Sympathiebekundungen größerer Bevölkerungsgruppen zum Pogrom steigern können. Estmalig in der jüngsten deutschen Geschichte beklaschten und ermutigten hier Tausende „braver Bürger“ den jugendlichen Mob, der mit Stahlkugeln, Molotowcocktails und Steinen Jagd auf Ausländer machte. Gleichsam über Nacht zerbrach in den Flammen von Rostock das hohe moralische Ansehen Deutschlands in der Welt, Zufluchtsstätte für Verfolgte und Bedrängte zu sein.

Hinzu kam das eklatante Versagen von Parteien, Politik und elektronischen Medien, das die militanten rechtsextremen Kader weiter motivieren dürfte. Die Polizei zog sich demonstrativ zurück und gab damit Menschen zum Abschluß frei. Politiker fanden verständnisvolle Worte für die Akteure der Krawalle, anstatt sich öffentlich mit den Opfern zu solidarisieren und sich eindeutig gegen die Politik der Gewalt auszusprechen. Der Justizminister von Mecklenburg-Vorpommern gar war sich nicht zu schade, rechtsextreme Parolen in den Rang offizieller Politik zu erheben. All dies muß in den Augen der Akteure geradezu als Legitimation ihrer Gewalt erscheinen. Angesichts der Reaktionen aus Bonn und Schwerin auf die Rostocker Krawalle drängt sich zudem die Frage auf, ob die rechtsextremistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit dort nicht bewußt ins Kalkül der Politik gezogen wird, um damit eine andere Ausländerpolitik durchzusetzen. Und stellen Übergriffe auf Ausländer nicht auch ein Sicherheitsventil einer gescheiterten Politik für aufgestaute Aggressionen dar? Solange sich der „Volkszorn“ der Bundesbürger-Ost an Roma und Sinti aus Südosteuropa, an Polen und Vietnamesen austobt, läßt sich in Bonn ruhig schlafen. Und schließlich werden sich auch die Vertreter der elektronischen Bildmedien fragen lassen müssen, ob ihre im Stile von Kriegsberichtserstattung gestalteten Reportagen zu bester Sendezeit direkt vom Ort des

Geschehens nicht die Pogromstimmung geradezu angefacht haben? Niemals zuvor hatte der Rechtsextremismus in Deutschland eine derartige Medienkulisse wie in Rostock.

Parlamentarisierung des Rechtsextremismus im Westen,
Radikalisierung im Osten

Rosenheim und Rostock stehen gleichsam für die beiden Pole des Rechtsextremismus der beginnenden neunziger Jahre im vereinten Deutschland: für den angepassten parlamentarisch orientierten Rechtsextremismus der Wohlstandschauvinisten im Westen und den außerparlamentarisch-militanten Rechtsextremismus der Vereinigungsverlierer im Osten. Nicht nur in den Lebensperspektiven und Köpfen der Menschen, sondern auch in den Formen ihrer Politik driftet Deutschland auseinander. Während sich der Rechtsextremismus in der moderaten Gestalt der Republikaner angepaßt und einigermaßen „zivilisiert“ in den alten Bundesländern zu etablieren beginnt und seinen Zugang zu den Institutionen fordert, artikuliert er sich in den neuen Bundesländern sehr viel brutaler und elementarer und mit sehr viel mehr Rückhalt in der Bevölkerung. Bezogen auf die Einwohnerzahl liegt die Zahl der Gewalttaten hier doppelt so hoch wie im Westen, und ist die Bereitschaft zur Gewalt vor allem unter Jugendlichen hier stärker ausgeprägt als im Westen. Und auch die zunächst praktizierte wahlpolitische Zurückhaltung gegenüber rechtsextremen Parteien scheint - vertraut man jüngsten Umfrageergebnissen - hier derzeit aufgegeben zu werden. Die Bundesbürger-Ost haben den Rechtsextremismus zunehmend als Form des Protests gegen die als unerträglich empfundene Kolonisierung der ehemaligen DDR und ihre Zukunftsangst entdeckt.

Diese unterschiedliche ausgeprägte Akzeptanz rechtsextremistischer Gewalt hat sowohl Gründe in einem unterschiedlichen Problemdruck in Ost und West als auch in verschiedenen Formen der Auseinandersetzungskultur mit rechtsextremen Äußerungen. In der alten Bundesrepublik, die sich seit Jahrzehnten an die Zustände eines Zuwandererlandes hat gewöhnen können, Formen der Integration von Ausländern und der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen entwickelt und in der politischen Kultur deutliche Barrieren gegenüber rechtsextremistischer Gewalt installiert hat, dürfte in absehbarer Zeit nur ein angepasster Rechtsextremismus politisch auf Erfolg spekulieren dürfen. Aufgrund ihrer „ärmeren“, mit geringerer Geduld, dafür aber umso höherem Erwartungsdruck ausgestatteten Perspektive schwankt das Verhalten der neuen Bundesbürger demgegenüber zwischen Lethargie, Haß und aktionistischer Feindseligkeit. Nationalistischer Größenwahn vermag hier eher die seit der Vereinigung noch verstärkten Minderwertigkeitsgefühle kompensieren; die Auflösung sozialer Milieus hat die Wirkung sozialer Kontrollmechanismen reduziert; Konfliktverdrängung, autoritäre Sozialisation und Gefühlsstau begünstigen hier eher Formen der Aggressionsabfuhr an Sündenböcken; antikommunistische Ressentiments lassen sich hier eher mobilisieren; die Verteilungsmasse ist hier geringer und die Zukunftsangst größer;

die Gewöhnung an die Zustände eines Einwandererlandes fehlt und ist in Schule und Jugendorganisationen kaum kultiviert worden. Vor allem deshalb artikuliert sich die Rechtsentwicklung in den neuen Bundesländern brutaler und weniger „zurückhaltend“ als im Westen.

Auf dem Weg in eine andere Republik?

Der Rechtsextremismus in Deutschland hat eine neue Qualität gewonnen. Er ist zur fast normalen Erscheinung unseres politischen Alltags geworden. Über das ursprünglich eng organisierte Lager strahlt er längst in weite Populationen hinein aus. Die Kluft zwischen dem frei flottierenden rechtsextremen Meinungspotential in der Bevölkerung und den rechtsextremen Gruppen ist sowohl auf der Wählerebene wie auf der Straße überbrückt. Rechtsextreme Meinungsmuster und Gewalt finden zunehmend Sympathie und Anhänger. Dermaßen motiviert formiert sich der militante Rechtsextremismus zur Konfrontation mit der Staatsgewalt. Diese neue Qualität des Rechtsextremismus ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Das Versagen der Politik und der zunehmende gesellschaftliche Problemdruck vornehmlich im Osten — aber längst nicht nur dort - haben die Ausweitung und Formveränderung des Rechtsextremismus entscheidend begünstigt. Bei aller berechtigten Aufregung sollte nicht übersehen werden, daß eine direkte Spur von Bonn nach Rostock führt. Das machttaktische Spekulieren der Unionsparteien mit fremdenfeindlichen Ressentiments und nationalem Kult hat die Spirale der rechtsextremen Gewalt eher angeheizt als abgekühlt. Die Machtbesessenheit der Parteien hat die Erosion der Parteienbindungen begünstigt, von der heute Schönhuber und Konsorten profitieren. Schließlich dürfte auch die Unfähigkeit von Staat und Politik, adäquat auf die neue rechtsextreme Herausforderung zu reagieren, Rechtsextremisten eher motivieren als abschrecken.

Nur wenn es gelingt, sich eindeutig von rechtsextremistischen Ideen zu distanzieren, zugleich aber die Ausschreitungen von Rostock und anderswo als Hilferuf — nicht vordergründig und populistisch für eine neue Ausländerpolitik -, sondern für eine andere Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik für die Menschen in den neuen Bundesländern zu dechiffrieren, ohne darüber aber die Misere randständiger Gruppen im Westen zu vernachlässigen, scheint es möglich, den skizzierten Trend umzukehren. Gefordert ist eine Politik, die sich durch Glaubwürdigkeit, Basisnähe und Machtbesonnenheit qualifiziert und wieder in der Lage ist, Jung- und Erstwählern eine politische Heimat zu geben. Mit Polizeieinsätzen und Verfassungsschutz, mit Sonderprogrammen zur Extremismusbekämpfung und Jugendsozialarbeit allein aber dürfte das Problem schon rein quantitativ nicht mehr in den Griff zu bekommen sein. Sollte allerdings die Chance vertan werden, aus dem Aufstand der Wohlstandschauvinisten von Rosenheim und den Krawallen der Vereinigungsverlierer von Rostock politisch zu lernen und Konsequenzen zu ziehen, droht der Demokratie ernsthaft Gefahr von rechts und waren die Ausschreitungen von Rostock vielleicht tatsächlich nur Verboten bürgerkriegsartiger Auseinandersetzungen.